

3. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

30. Juni 1954

225/J

Anfrage

der Abg. C z e r n e t z, Dr. P i t t e r m a n n, Marianne P o l l a k,
S t r a s s e r und Genossen

an die Bundesregierung,

betreffend Ratifizierung der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge.

Am 28. Juli 1951 unterzeichnete der österreichische Vertreter in Genf die Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge. Der Nationalrat genehmigte in seiner Sitzung vom 26. November 1953 die Konvention, wobei auf mehrere vom österreichischen Vertreter in Genf erklärte Vorbehalte verzichtet wurde.

Bis zum heutigen Tage wurde die Konvention von der Republik Österreich nicht ratifiziert.

Es war der Wunsch des Nationalrates, durch den Beitritt Österreichs in Kraft zu setzen, um damit das starke Interesse Österreichs an der Flüchtlingskonvention das internationale Abkommen/einer Verbesserung der Rechtslage der Flüchtlinge ebenso wie den Geist der internationalen und europäischen Zusammenarbeit zu bekunden. Diesem ausdrücklichen Wunsch des Nationalrates hat die Bundesregierung bis zum heutigen Tage nicht Rechnung getragen.

Andere europäische Staaten haben lange nach dem Beschluß des Nationalrates ihren Beitritt vollzogen und damit die Konvention in Kraft gesetzt, der Österreich nun noch immer nicht angehört.

Durch diese völlig ungerechtfertigte und unverständliche Verschleppung der vom Nationalrat beschlossene Ratifizierung der Flüchtlingskonvention ist das moralische Ansehen der Republik Österreichs geschädigt worden. Das ist umso bedenklicher, als Österreich in seinem schweren Freiheits- und Existenzkampf die moralische Unterstützung der freien Welt braucht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die nachstehende

Anfragen

1. Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung dem Beschluß des Nationalrates nicht Rechnung getragen und die Flüchtlingskonvention dem Herrn Bundespräsidenten bis heute nicht zur Ratifizierung vorgelegt?

2. Ist die Bundesregierung bereit, unverzüglich den Beschluß des Nationalrates durchzuführen?

--- --